



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

52. hét

2019.12.23.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Gergely Karácsony rehabilitiert die Linke von vor 2010:*

Ein herausragendes Versprechen des Oberbürgermeisters im Wahlkampf zu den Kommunalwahlen lautete, im Falle seines Sieges werde er nicht die alten Akteure der Linken aus der Zeit vor 2010 zurückholen, vielmehr wolle er eine neue, sachverständige Stadtführung zusammenstellen. Gemessen daran tummeln sich bei den strategisch wichtigen Kommunalbetrieben, in den einzelnen Stadtbezirken sowie im engsten Beraterkreis von Karácsony Politiker aus der Zeit vor 2010.

Wirtschaftspolitik – *Der Schutz der Arbeitsplätze erhält eine Schlüsselrolle beim Schutz der Wirtschaft:*

Die ungarische Regierung hat in der zweiten Jahreshälfte bereits zahlreiche Maßnahmen des Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft verkündet. Mit Blick auf die Wachstumsaussichten der Eurozone ebenso wie der Weltwirtschaft gibt es Anzeichen für einen Abschwung; in diesem internationalen Umfeld möchte die ungarische Regierung die wirtschaftlichen Ergebnisse der vergangenen Jahre verteidigen. Der Nationale Wettbewerbsrat behandelte in der vergangenen Woche zwei Themen.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Bis 2050 soll der Ausstoß in der Europäischen Union klimaneutral sein:*

Der jüngste EU-Gipfel formulierte zahlreiche bemerkenswerte Dinge und in die Zukunft weisende Vorschläge. Die Staats- und Regierungschefs verabschiedeten eine Abschlusserklärung, der sich die Polen in einem Punkt vorläufig nicht anschließen wollten. Unter den Zielstellungen befanden sich die Definition des neuen gemeinsamen Haushaltsrahmens der EU, ein gerechter Umstellungsmechanismus sowie eine Stärkung des Klimaschutzes.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Weitere Sexualdelikte im linksliberalen Lager, während die Oppositionsmedien schweigen:*

Nach dem Fall des Regisseurs Péter Gothár ist nun ein Politiker der von Ferenc Gyurcsány geführten DK, Zsolt Gréczy, in einen Skandal um sexuelle Belästigungen verwickelt. Zwei Frauen, darunter eine Mitarbeiterin der Mi Hazánk-Bewegung im Parlament, zeigten gegenüber Medien an, der DK-Politiker habe intime Botschaften an sie gerichtet. Des Weiteren behauptet ein bekannter Schauspieler, dass Gréczy seine Ehefrau seit Jahren mit Briefen traktiere.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

GERGELY KARÁCSONY REHABILITIERT DIE LINKE VON VOR 2010

Der gewählte Oberbürgermeister versprach früher, nach dem 13. Oktober weder eine politische Abrechnung vorzunehmen noch alte Kader in Positionen zu hieven. Die Entwicklungen in Budapest sprechen jedoch eine andere Sprache, denn in den jüngsten Wochen hat der Co-Vorsitzende der Párbeszéd praktisch alle Leiter wichtiger Budapester Kommunalbetriebe entlassen, der obendrein die Posten von Theaterdirektoren, die ihm nicht sympathisch sind, durch neue Leute besetzen lassen möchte. Wenngleich viele Beobachter diese Ereignisse als politische Abrechnung ansehen, spricht der Oberbürgermeister von Positionswechseln unter Einhaltung der Rechtsnormen.

Gergely Karácsony entließ in den letzten zwei Wochen die Leiter von Fókert, Főtáv und der Stadtreinigungsfirma. Darüber hinaus könnte das Mandat der Leiterin des Freilichttheaters auf der Margareteninsel, Teodóra Bán, auslaufen, wie auch der Stuhl des im rechten politischen Spektrum angesiedelten Direktors des Neuen Theaters, György Dörner, wackelt. Wenngleich der neue Stadtführer in den meisten Entlassungsfällen mittels Ausschreibungen für Ersatz sorgen will, war früher zu sehen, dass Akteure des öffentlichen Lebens, die vor 2010 als maßgebliche Politiker der Linken galten, auch ohne Ausschreibungen in wichtige Positionen vorrücken konnten. So kehrten mit Tibor Draskovics, István Kolber, Csaba Tordai und Tamás Katona Mitglieder der Regierung von Ferenc Gyurcsány zurück, ebenso wie jener Zoltán J. Gál, der als Kabinettchef von Gyurcsány agierte. Aber auch Benedek Jávor blieb nicht ohne Position und Gehalt, der früher Abgeordneter im Europäischen Parlament war und schon ab Montag die Leitung des Brüsseler Büros der Hauptstadt übernimmt. Ebenfalls in Position gebracht wurde die Ehefrau des Párbeszéd-Politikers Bence Tordai, die in der von der Opposition geführten Kommunalverwaltung des 2. Stadtbezirks als externe Beraterin die Tätigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung unterstützen soll. Es lohnt sich, auch das Beispiel von Olga Kálmán zu erwähnen, die nach ihrem Beitritt zur DK und den verlorenen Vorwahlen in Budapest nun Hauptberaterin in Kulturbelangen für brutto 1 Million Forint monatlich wurde.

Eine weitere Entwicklung der vergangenen Woche war die Gründung des Pakts der Freien Europäischen Städte durch die Stadtväter von Warschau, Prag, Bratislava und Budapest. Dieses Bündnis der vier Hauptstädte kam vorläufig ohne konkrete Ziele und Inhalte zustande, wobei dessen erstrangige Funktion in den folgenden Jahren eher symbolischer, denn praktischer Art sein dürfte.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

DER SCHUTZ DER ARBEITSPLÄTZE ERHÄLT EINE SCHLÜSSELROLLE BEIM SCHUTZ DER WIRTSCHAFT

Die ungarische Regierung hat in der zweiten Jahreshälfte bereits zahlreiche Maßnahmen des Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft verkündet. Mit Blick auf die Wachstumsaussichten der Eurozone ebenso wie der Weltwirtschaft gibt es Anzeichen für einen Abschwung; in diesem internationalen Umfeld möchte die ungarische Regierung die wirtschaftlichen Ergebnisse der vergangenen Jahre verteidigen. Einen Stützpfiler des Modernisierungsprozesses stellt dar, dass die Leistung der ungarischen Volkswirtschaft auf lange Sicht den EU-Durchschnitt um mindestens 2 Prozentpunkte überbietet.

Der Nationale Wettbewerbsrat behandelte in der vergangenen Woche zwei Themen. Zum einen die Frage von Investitionsstimuli, genauer wie sich diese an das veränderte wirtschaftliche Umfeld anpassen lassen. Zum zweiten die Frage, wie sich das dynamische Wirtschaftswachstum bewahren lässt. Mit anderen Worten wurden die Themen des zweiten Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft diskutiert.

Eines der bedeutendsten Ergebnisse der ungarischen Volkswirtschaft ist die Wende auf dem Gebiet der Beschäftigung, nachdem die Beschäftigungsquote von 54,9 Prozent im Jahre 2010 aktuell über 70 Prozent kletterte. Die effiziente Auslastung des Arbeitsmarktes wird auch in Zukunft ein zentrales Moment der arbeitsbasierten Volkswirtschaft sein, weshalb die Elemente des Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft um weitere Maßnahmen zum Schutz der Arbeitsplätze ergänzt werden. Zu den Maßnahmen des in diesem Mai verkündeten Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft gehörten bereits Schritte zur Stimulierung der Beschäftigung, mit denen die Lasten der Arbeitgeber gesenkt wurden, wie beispielsweise die Senkung der Sozialen Zuwendungssteuer um 2 Prozentpunkte in diesem Jahr oder die Reduzierung der Steuer für Kleinunternehmen um 1 Prozentpunkt ab 2020. Unter den neuen Maßnahmen findet sich, dass die Regierung Startups mit einer eigenen Webseite hilft, für deren Inhalte das Ministerium für Innovationen und Technologien verantwortlich zeichnet. Darüber hinaus darf ab 2020 mit weiteren Maßnahmen zur Förderung des Unternehmergeistes gerechnet werden, bei denen es sich um Steuervergünstigungen handeln wird.

Nach Angaben der Nationalen Investitionsagentur (HIPA) trafen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres insgesamt 4,7 Milliarden Euro an ausländischen Direktinvestitionen in Ungarn ein. Interessant dabei ist, dass die südkoreanischen Investoren dabei die Spitzenposition von den deutschen Investoren übernahmen, denn aus Südkorea flossen allein 2,5 Milliarden Euro ins Land. Im internationalen Vergleich steht Ungarn derzeit hinsichtlich seiner Kapitalabsorptionskraft an 16. Stelle. Wie die HIPA vorschlägt, sollte die Betonung zukünftig auf den Qualitätscharakter der Investitionen gelegt werden, an Stelle von Mengenfaktoren. Relevant sind Produktivitätssteigerungen und die Implementierung neuer Technologien in Ungarn.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

BIS 2050 DÜRFTE DER AUSSTOSS DER EUROPÄISCHEN UNION KLIMANEUTRAL SEIN

Die Staats- und Regierungschefs sämtlicher Mitgliedstaaten waren sich einig, dass eine der entscheidenden Fragen in Verbindung mit dem Klimawandel lauten wird, auf welche Weise die EU dem Umweltschutz möglichst effizient dienen kann. Ein klimaneutraler Ausstoß schwebt allen als zu erreichendes Ziel vor, wobei die zur Verfügung stehenden Instrumente von Land zu Land abweichen. Obendrein fallen die Schadstoffemissionen pro Kopf der Bevölkerung in den meisten westeuropäischen Staaten um 200 Prozent höher aus, als in den Ländern Mitteleuropas.

Polen erbat sich mit seinem Veto der Abschlusserklärung, in der die wichtigsten Aussagen des EU-Gipfels zusammengefasst werden, zeitlichen Aufschub bis zum Juni 2020, um eine nationale Strategie ausarbeiten zu können, die selbst dann für die Aufrechterhaltung des langfristigen Wirtschaftswachstums sorgt, wenn die Produktion wegen der Erwartung der Klimaneutralität so schnell wie möglich umgestellt werden muss. Als Hauptgrund hinter dem polnischen Veto ist die Entwicklung des Kohlebergbaus anzusehen, der einen bedeutenden Teil des Bruttoinlandsprodukts des Landes verkörpert: Seit 1994 betrachtet könnte 2022 das erste Jahr sein, in dem die Polen eine neue Kohlegrube eröffnen; die Investition wird auf 3 Milliarden Zloty oder nahezu 215 Milliarden Forint veranschlagt. Der Kohlebergbau ist ein starker Pfeiler der polnischen Volkswirtschaft und Industriestrategie, was es dem Land erschwert, die Klimaneutralität zu erreichen – aus diesem Grunde bat die Regierung von Mateusz Morawiecki um Aufschub. In den übrigen Punkten finden sich derzeit zahlreiche Vorschläge, die übereinstimmende Standpunkte widerspiegeln. So begannen

die europäischen Staats- und Regierungschefs unter Einhaltung einer früher gemachten Zusage von Ursula von der Leyen mit der Ausarbeitung von Details des „Grünen Umweltszenarios“. In diesem Sinne würde mit der Einrichtung eines gerechten Umstellungsmechanismus garantiert, dass die Volkswirtschaften Mitteleuropas – die ausgehend von ihren Ressourcen der Durchführung umweltbelastender Tätigkeiten bei weitem stärker ausgesetzt sind – entsprechende Mittel für eine Modernisierung ihrer Produktion erhalten sollen. Die Meldungen handeln von einem Gemeinschaftsfonds mit 100 Milliarden Euro, für den die EU freilich erst noch die Deckung finden muss. Des Weiteren kann in Zukunft auch die Nutzung der Atomenergie akzeptiert werden, nachdem ein Punkt der Abschlusserklärung anerkennt und festhält, dass gewisse Länder bei der Zusammenstellung ihres Energie-Mix auch auf die Atomenergie zurückgreifen dürfen. Sämtliche Mitgliedstaaten waren sich einig in dem Wunsch, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen, wobei die tatsächliche Entscheidung, wie dies angestellt werden soll, auf den kommenden Juni vertagt wurde. Die Staats- und Regierungschefs hätten abgesehen vom europäischen „Green Deal“ auch in der Frage des Haushaltsrahmens für die nächsten sieben Jahre vorankommen müssen, doch gelangen in dieser Frage ebenso wenig konkrete Vereinbarungen. Diesem Thema wurden im Abschlussdokument ganze zwei Absätze gewidmet, wonach die Verhandlungen in ihre entscheidende Phase eingetreten seien.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

NEUER FALL SEXUELLER BELÄSTIGUNG IM LINKSLIBERALEN LAGER, DOCH DIE OPPOSITIONSMEDIEN SCHWEIGEN

Noch ist der Skandal um sexuelle Belästigungen durch den vormaligen Direktor des József-Katona-Theaters nicht verhallt, den die Oppositionsmedien anfänglich zu vertuschen versuchten, bevor sie mit allen erdenklichen Mitteln daran gingen, Péter Gothár reinzuwaschen, da gelangte ein weiterer Fall ans Tageslicht. Demnach hat der Fraktionssprecher der Partei von Ferenc Gyurcsány, der DK, Zsolt Gréczy, mehreren Damen eindeutige Offerten sexueller Art gemacht. Einer Dame schickte er sogar Fotos, auf denen der Politiker kaum bekleidet zu sehen ist. Die parlamentarische Mitarbeiterin der Mi Hazánk-Bewegung, Nóra Palányi, die vor den Medien aus der Anonymität trat, sprach davon, dass Zsolt Gréczy ihr nicht nur im Parlament nachstelle, sondern auch SMS schicke. Der bekannte

Schlagzeuger Gábor Zsoldos meldete sich in dem Skandal ebenfalls zu Wort und behauptet, der Politiker der Gyurcsány-Partei belästige schon seit Jahren seine Ehefrau mit Briefen. Zsolt Gréczy äußerte gegenüber dem Nachrichtenportal Index, es handle sich um üble Nachrede und Lügen, weshalb er Strafanzeige stelle. Andere Oppositionsmedien befassten sich nicht mit der Angelegenheit, was belegt, dass diese sich selbst als unabhängig und Fakten aufdeckend darstellenden Zeitungen und Internetportale in Wirklichkeit dem linksliberalen Lager ergeben sind. Der Parteivorsitzende Ferenc Gyurcsány erklärte ebenfalls gegenüber dem Index, die Sache werde erst in öffentlichen Rang gehoben, wenn sich der Verdacht der Belästigung bestätigt. Gyurcsány merkte an, Zsolt Gréczy seien schon mehrfach Belästigungen vorgeworfen worden, wobei sich jene Behauptungen als unwahr herausstellten. Deshalb hält Gyurcsány den Belästigungsskandal seines Parteikollegen vorläufig nicht für politisch relevant. Sollten sich die Anschuldigungen dennoch bewahrheiten, kann die Staatsanwaltschaft eine Aufhebung der Immunität des Politikers beantragen und unter dem begründeten Verdacht einer sexuellen Straftat Ermittlungen gegen Zsolt Gréczy einleiten. Das würde auf jeden Fall die Glaubwürdigkeit der Gyurcsány-Partei untergraben, woraufhin der DK auch eigene Stammwähler den Rücken kehren könnten.

NEUES SOZIALVERSICHERUNGSGESETZ VERABSCHIEDET

Ab Juli kommenden Jahres wird ein einheitlicher Satz von 18,5 Prozent für die Sozialversicherungsabgaben gelten. Das Parlament hat sämtliche Bestimmungen zu den Versorgungsleistungen der Sozialversicherung neu geregelt. Alle auf den Arbeitsmarkt zurückkehrenden Rentner werden von den Abgaben befreit, woraufhin ihren Lohn einzig die Einkommensteuer mit 15 Prozent belasten wird. Wer die Gesundheitsabgabe nicht bezahlt, darf nach Verstreichen von drei Monaten die gebührenfreien Leistungen des Gesundheitswesens nicht länger in Anspruch nehmen. Diese Modifizierung war deshalb zeitgemäß, weil das Finanzamt in den letzten neun Monaten – zwischen dem 1. Januar und dem 27. September 2019 – rund 75.000 sogenannte „Steuerzahler mit rotem Warnblinklicht“ ausmachte, d. h. 75.000 Personen versuchten unberechtigt, Dienstleistungen der Sozialversicherung in Anspruch zu nehmen. Untersuchungen des Finanzamtes ergaben, dass die betroffenen Personen insgesamt 6,6 Milliarden Forint an Gesundheitsabgaben nicht eingezahlt hatten. Wer bislang zu den Gesundheitsleistungen berechtigt war, bleibt es auch in Zukunft, so dass niemand aus der Versorgung herausgedrängt wird. Versicherte Personen (beispielsweise Menschen in Arbeitsverhältnissen, Selbständige und Firmeninhaber sowie die

Mitarbeiter im öffentlichen Dienst) berührt diese Veränderung rein gar nicht, da sie aufgrund ihres bestehenden Versicherungs-Rechtsverhältnisses zu den Leistungen des Gesundheitswesens berechtigt sind. Auch jene sind nicht betroffen, denen der Staatshaushalt die Gesundheitsabgabe erbringt (zum Beispiel Eltern, die daheim Kinder großziehen, Schüler und Studenten sowie Rentner). Das muss deshalb dermaßen betont werden, weil in der vergangenen Woche zahlreiche Internetportale und Politiker die Angelegenheit darauf verwandten, Panik zu schüren. Die Modifizierung besagt nichts anderes, als dass jene, die schon heute ausschließlich durch Einzahlung der Gesundheitsabgabe zu Leistungen des Gesundheitswesens berechtigt wären, diese Zahlungspflicht nicht länger umgehen können.

PROGNOSE

- **Im Jahre 2020 stehen zahlreiche bedeutende Wahlen und politische Ereignisse an. Sowohl Ungarn als auch die V4-Gruppe sehen einem wichtigen Jahr entgegen, doch auch in den Vereinigten Staaten von Amerika werden die Menschen wieder ihre Meinung über die politische Entwicklung kundtun können. Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union kann die Anzahl ihrer Mitgliedstaaten im Zuge des Brexit im kommenden Jahr sinken.**

In 2020 beginnt die europäische Politik gleich den Januar mit hohem Tempo, denn bis zum 31. Januar muss Großbritannien die Europäische Union verlassen. Die vorgezogenen Wahlen in Großbritannien haben dafür alle politischen Voraussetzungen geschaffen, so dass Boris Johnson eine gute Gelegenheit und ausreichende Vollmachten erhielt, um die Aufgabe seiner konservativen Amtsvorgänger zu vollstrecken. Aber auch die Visegrád-Staaten sehen einem turbulenten Jahr entgegen: In der Slowakei kommt es noch in der ersten Jahreshälfte zu Parlaments-, in Polen zu Präsidentschaftswahlen. Wenngleich diese Wahlen unabhängig von ihrem Ausgang keinen erheblichen Einfluss auf die Zusammenarbeit im Rahmen der V4 ausüben, lohnt es doch, den Wahlausgang aufmerksam zu verfolgen. Im kommenden Jahr endet zudem das Mandat von US-Präsident Donald Trump, in den USA werden die Wähler im November ihr Urteil über die erste Amtszeit der Regierung Trump fällen können. Wenn es bis dahin auch noch sehr viele Ereignisse geben wird, kann doch schon heute gesagt werden, dass die Demokraten den Wahlsieg von Trump 2016 bis zum heutigen Tage nicht richtig verarbeiten konnten.

2020 wird auch aus ungarischem Blickwinkel ein außerordentliches Jahr, selbst wenn bis 2022 keine landesweiten Wahlen anstehen. So kommt es bereits im Januar zu einer Nachwahl in Győr (am 26. Januar), und im gleichen Monat ist die seit langem verschleppte Erneuerung der Spitzenparteiämter bei der Jobbik zu erwarten. Im Februar wählen die Bürger von Dunaújváros einen neuen Bürgermeister (am 16. Februar). Ein innenpolitisches Ereignis von herausragender Bedeutung im kommenden Jahr wird die 100. Wiederkehr des Friedensvertrags von Trianon am 4. Juni sein. Außerdem erreicht die 4. Orbán-Regierung am 13. Juni die Halbzeit ihrer Amtsperiode; in den einheimischen Medien sind seit langem Vermutungen zu den Plänen einer Regierungsumbildung zu hören.